

# Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

(Nichtamtlicher Bericht)

In der gestern abend von 6.30 Uhr ab in der Aula der Oberrealschule stattgefundenen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten waren 10 Punkte der Tagesordnung zur Erledigung. Vom Ratkollegium waren anwesend die Herren Erster Bürgermeister Dr. Scheider, Stadtrat Gähler, Stadtrat Fiedler, sowie Stadtrat Matthäus, außerdem wohnte Herr Verwaltungsdirektor Wünter der Sitzung bei. Der Saalraum war mächtig besetzt. Die Sitzung, die nach einkündigter Dauer beendet war, leitete Herr Stadtrat Vorsteher Gähler. Es wurden folgende Beratungsgegenstände erledigt:

## Umgestaltung der Einfriedigung am Gelände der früheren Kasernen II/68.

Die um das frühere Kasernengebäude II/68 errichtete hohe Mauereinfriedigung soll, um der Gesamtsicht ein ansehnlicheres Aussehen zu geben, auf eine geringere Höhe abgetragen werden. Dem diesbezüglichen Vorschlage des Bauauschusses ist der Rat beigetreten. Das Kollegium erteilte ebenfalls seine Zustimmung und bewilligte die erforderlichen Kosten.

## Die Abführung von Beträgen aus der städtischen Betriebskasse zur Stadtkasse.

Der Betriebsauschuss hat auf Anregung beschlossen, an die Stadtkasse zur Deckung der haushaltplanmäßigen Zahlungen den Betrag von 20.500 M. abzuführen. Das Kollegium erteilte hierzu seine Zustimmung.

## Umgestaltung des Georgplatzes im Stadtteil Gröbha.

Am Georgplatz in Gröbha soll eine entsprechende Verlegung der Wege und einige ästhetische Veränderungen vorgenommen sowie eine neue Umfassung angebracht werden. Hierzu hat Herr Gartenbauinspektor Künzel einen Plan ausgearbeitet, der dem Ausschuss für ästhetische Anlagen vorgelegt hat und von ihm geprüft worden ist. Der Ausschuss hat den Plan ausgearbeitet und beschlossen, die Umgestaltung in der geplanten Weise vorzuschlagen. Der Rat ist dem Vorschlage beigetreten und auch das Kollegium erklärte sich einverstanden. Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß ein Entwerfen der auf dem Blatte befindlichen Linien nicht beabsichtigt sei.

## Ordnungsgesetz über die Aufsicht über die Hundstullen zum Hundstall betr.

In einer früheren Stadtverordneten-Sitzung ist bekanntlich obiges Ordnungs-Gesetz verabschiedet worden. Um den geordneten Bestimmungen zu entsprechen, hat der Rat beschlossen, das Ordnungsgesetz in eine Polizei-Verordnung umzuwandeln. Das Kollegium schloß sich dem Ratbeschlusse an. — Herr Stadtrat Wendt (Bürgerl.) regte hierzu auf Wunsch der Mitglieder der hiesigen Hundstullenvereinigung an, daß man sich bei nötigen Umständen nicht an einzelne Personen wenden, sondern mit der Vereinigung in Verbindung treten möchte. Die Anregung wurde in die Niederschrift aufgenommen.

## Wahlen für die Ausschüsse des Wohlfahrtsvereins.

Nach den Vorschlägen des Wahlausschusses wurden gewählt in den

### Wohlfahrts-Hauptauschuss:

- als Vortr.: Herr Bezirksarzt Medizinalrat Dr. Köhler-Grohenstein,
- als Vertreter der Kleinen Krankenkassen: Herr Otto Schinkel (Arbeitgeber), Herr Josef Wabel (Verleiderer),
- als Vertreter der Kleinentner: Herr Ernst Weber,
- als Vertreter der Sozialentner: Herr Hermann Berger,
- als Vertreter der Fr. Vereinigung für allgem. Wohlfahrtspflege: Herr Viktor Werner,
- als Vertreter der Fr. Vereinigung für Jugendwohlfahrt und Jugendpflege: Herr Lehrer Karl Dole,
- als Vertreter der Schule: Herr Schulleiter Paulsd.

### Ausschuss für wirtschaftliche und Anstaltsfürsorge:

- als Vertreter der Kleinentner: Herr Ernst Niehling,
- als Vertreter der Sozialentner: Herr Karl Bieltz,
- als Vertreter der Fr. Vereinigung für Wirtschaftspflege: Frau Wendler, Frau Frieda Stania;
- als Ausschuss für Jugendwohlfahrt:
- Schularzt: Herr Dr. Dole,
- als Vertreter der Volksschule: Herren Lehrer Sager und Krüger,
- als Vertreter der Berufsschule: Herr Lehrer Gähler,
- als Vertreter der Fr. Vereinigung für Jugendwohlfahrt und Jugendpflege: Frau Maria Scheider, die Herren Waul, Bader, Arthur Führer, Oberlehrer Linke,
- als Vertreter der Helfer und Schulaufsicht: Herr Lehrer Georg Linke;

### Ausschuss für Gesundheitspflege:

- als Wohlfahrtsärzte: die Herren Dr. Wulka und Dr. Dole,
- als Vertreter der Fr. Vereinigung für Wohlfahrtspflege: Gemeindefürsorgeleiterin Anna Scheider, Frau Hedwig Bröde;
- als Vertreter der Hilfsbedürftigen oder ihrer Verbände: Frau Anna Schulz (Kleinentnerin) und Herr Karl Heinrich (Sozialentner.)

## Erweiterung der Abortanlagen im früheren Verordnungsamt im Stadtteil Gröbha.

Die Bewohner dieses Grundstückes haben nachgesucht, die darin befindliche Abortanlage entsprechend herzustellen zu lassen. Der Grundstücks- und Bauauschuss hat nach Anhörung des Fürsorgeauschusses beschlossen, den Umbau vornehmen zu lassen. Der Rat ist dem Beschlusse beigetreten. Das Kollegium stimmte ebenfalls zu und bewilligte die erforderlichen Beträge, die mit 630 M. veranschlagt worden sind.

## Versorgung der Stieblergebäude im Gelände von II/68 mit Gas und Wasser.

Für Aulegung der Leitung für Gas und Wasser nach den auf oben bezeichnetem Gelände im Bau begriffenen Wohnhäusern wurden, nachdem sich der zuständige Ausschuss und der Rat zustimmend mit der Vorlage beschäftigt haben, einstimmig die Mittel in Höhe von 2740 M. bewilligt. Außerdem wurden 250 M. für Umlageung eines Wasserzweiges in der Stegerstraße bewilligt.

## Künftige Verwendung des Kammergebäudes an der Lindenstraße.

In der Stadtverordneten-Sitzung vom 8. Mai d. J. war von der sozialdemokratischen Fraktion beantragt worden, zu prüfen, in welcher Weise sich das frühere Kammergebäude an der Lindenstraße am nützlichsten verwenden lasse. Das städtische Bauamt hat die Prüfung vorgenommen und anschließend ein Gutachten angefertigt, aus dem der Berichterstatter, Herr Stadtrat Clausnitzer (Bürgerl.), die hauptsächlichsten Punkte zum Vortrage brachte. Aus dem Gutachten ist zusammenfassend zu entnehmen, daß sich ein einmaliger Umbau nicht rentieren würde. Ein Umbau würde sich selbst unter Umlageung des dadurch entstehenden Baumaterials mindestens so hoch stellen, wie

der Bau eines neuen Gebäudes und dann würden die durch Umbau zu erhaltenden Räume nicht den gewünschten Anforderungen entsprechen. Das städtische Bauamt hat deshalb vorgeschlagen, das Gebäude abbrechen zu lassen und die dadurch entstehende Baustelle und das erhaltene Baumaterial für Errichtung eines einzigen städtischen Baus zu verwenden. Der Bauauschuss und der Rat haben beschlossen, dem Vorschlage zuzustimmen. — Herr Stadtrat Vorsteher Gähler (Soz.) kennzeichnete die Stellungnahme seiner Fraktion zu diesem Vorschlage und erklärte, daß man diesem unter den obwaltenden Verhältnissen zustimme. Die Fraktion würde jedoch hieran die Bedingung, daß für den geplanten Schulgarten an anderer Stelle Gelände zur Verfügung gestellt wird. Namens seiner Fraktion brachte Herr Vorsteher Gähler folgenden Antrag ein: Dem Abbruch des früheren Kammergebäudes an der Lindenstraße wird zugestimmt unter der Bedingung, daß für den Arbeiterschulgarten an anderer Stelle Gelände von mindestens gleicher Größe bereitgestellt wird. Auf diesem Gelände sind entsprechende Werkstätten und Unterkunftsräume zu errichten. Dem Vorschlage des städtischen Bauamtes wurde einstimmig beigetreten und auch der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion fand einstimmige Annahme, und damit auch der im Sinne des vorstehenden Antrages abgeänderte Beschluß des Rates.

## Beschaffung eines 3. und 4. Autobusses.

Herr Stadtrat Jurmann (Soz.) berichtete, daß sich der Betriebsauschuss auf Anregung des Betriebsauschusses mit der dringenden Frage beschäftigt habe, zur Bewältigung des Verkehrs einen 3. und gleichzeitig einen 4. Wagen für den städtischen Kraftwagenverkehr zu beschaffen, da die gegenwärtigen Betriebsverhältnisse infolge des immer mehr steigenden Verkehrs nicht einwandfrei seien und die Wünsche der Einwohnerlichkeit bei weitem nicht erfüllt werden könnten. Auch die Stadtgemeinde Strehla habe die Autoverbindung gewünscht und sich bereit erklärt, sich mit einer angemessenen Garantiesumme an dem Unternehmen zu beteiligen. Es habe sich auch bereits ein Streblauer Grundstücksbesitzer bereit erklärt, einen Raum zur Unterbringung eines Kraftwagens während der Nacht zur Verfügung zu stellen, sobald es ermöglicht werden könne, die letzte Abendfahrt und die erste Morgenfahrt so zu legen, daß sie den in Strehla beschäftigten Personen von und zu der Arbeitsstätte nutzbar gemacht werden. Eine Verbindung mit Strehla sei allerdings bei dem Vorhandensein von nur 2 Wagen völlig ausgeschlossen und auch der Verkehr innerhalb der Stadtteile Strehla sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr durchzuführen. Man sei deshalb mit der zu liefernden Firma in Verhandlungen eingetreten. Diese habe die Lieferung eines 3. Kraftwagens und unter Umständen auch des 4. Wagens in etwa 8—10 Wochen zugesagt und auch bei gleichzeitiger Bestellung von 2 Wagen den Preis entsprechend reduziert, so daß beide Wagen zusammen für 50.000 M. geliefert werden würden. Der Preis eines einzelnen Autobusses stellt sich auf fast 27.000 M. — Der Betriebsauschuss hat beschlossen, die Anschaffung zweier neuer Autobusse zu empfehlen und auch der Rat hat sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt. — Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider äußerte sich zu der Angelegenheit und erklärte, daß die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens und auch der Bedarf nach Erweiterung des Kraftwagenverkehrs wohl nicht bestritten werden könne. Den vielen Wünschen der Einwohnerlichkeit auf Betriebserweiterung und auch den Wünschen der Stadtgemeinde Strehla könne natürlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen und auch nach Beschaffung eines 3. Wagens nicht entgegengetreten werden, weshalb man schon die Anschaffung eines 4. Kraftwagens empfehlen könne. Zur Finanzierungfrage erklärte der Herr Bürgermeister, daß allerdings die Finanzierung des 4. Wagens durch das zur Verfügung stehende Darlehen nicht gedeckt sei, daß aber auf Grund einer ganz vorläufig vorgenommenen Berechnung der wirtschaftlichen Seite des Unternehmens die Möglichkeit bestehe, aus den Erträgen eine jährliche Tilgungssumme von etwa 20.000 M. zu gewinnen. Zur Verteilung der Kosten des 4. Wagens müßten schließlich die kurzfristige Anleihe, die jetzt 180.000 M. betrage, um 25.000 M. erhöht werden. Die Kreditanstalt städtischer Gemeinden, der das Darlehen entnommen ist, sei damit einverstanden. Im übrigen gestalte sich ja auch der Zinsendienst immer günstiger und es könnte bei weiterer Verabreichung des Zinseszinses der dadurch gewonnene Betrag der Tilgungssumme mit zugeführt werden. Man könne also dem Verleiste günstig gegenüberstehen, umso mehr, als durch Beschaffung eines 4. Wagens vielsachen Wünschen Genüge getan werden könnte. Vielleicht könne man von der jetzigen kurzfristigen Anleihe in einer langfristigen übergehen. Dies sei nicht unwahrscheinlich, da die Kreditanstalt langfristige Darlehen zunächst produktiven Unternehmungen zuzuwende, und unter städtischer Kraftwagenverleber müsse zu den produktiven Unternehmungen gerechnet werden. Redner betonte, aus den angeführten Gründen veranlasse er keine finanziellen Schwierigkeiten in bezug auf Anschaffung eines 4. Kraftwagens erblicken. — Herr Stadtrat Matthäus trat ebenfalls für die Bestellung eines 3. und 4. Wagens ein und wies nochmals eingehend auf die gegenwärtige Unzulänglichkeit des Betriebes hin. Die Firma habe sich nach eingehenden Verhandlungen verpflichtet, den 4. Wagen etwa 4 Wochen nach Lieferung des 3. Wagens zur Verfügung zu stellen. Ein Weichen eines Omnibusses bis zum Eintreffen der neuen Wagen werde nach eingeholter Genehmigung kaum möglich sein, da Leihwagen nicht zur Verfügung stehen und dann auch die Leihgebühren sehr hoch sein würden. Der Ausschuss habe deshalb beschlossen, ab 1. Dezember beide Wagen während einiger Nachmittagsstunden zu benutzen und dadurch dem stärkeren Dezemberverkehr einigermaßen Rechnung zu tragen. Herr Stadtrat Matthäus wies in seinen weiteren Ausführungen wiederholt darauf hin, daß immer wieder an das Publikum die dringende Bitte gerichtet werden müsse, Rücksicht zu üben und nicht den Verkehr zu erschweren. Ungebilligtes Verhalten dem Fahrpersonal gegenüber, das verpflichtet sei, genau nach den Dienstvorschriften zu handeln, müsse entschieden verurteilt werden. Man solle sich vorläufig gebulden. Eine gezielte Verkehrsreform könne erst mit Einstellung des 4. Wagens erfolgen. — Herr Stadtrat Meude (Bürgerl.) erklärte namens seiner Fraktion, daß sie, nachdem der Herr Bürgermeister die finanzielle Lage dargelegt habe, dem Projekt zustimmen werde. Die Zustimmung erfolge aber ausdrücklich nur, damit man mit der Inbetriebnahme auch des 4. Wagens zunächst restlos den Bedürfnissen der Kleinen Einwohnerlichkeit entgegenkomme und insbesondere auch die Bewohner des unteren Stadtteiles berücksichtige. Die Verhandlungen mit Strehla müßten mit größter Vorsicht gepflogen werden, man solle vor allem auch darauf bedacht sein, daß der Vertrag gegebenenfalls rechtzeitig gelöst werden könne. Nach beendeter Aussprache beschloß das Kollegium einstimmig, zwei weitere Autobusse zu bestellen und die kurzfristige Anleihe zwecks Begablung auch des 4. Wagens entsprechend zu erhöhen.

## Mitteilungen.

Von einer Einladung zum Besuche der vom 22. bis 28. November in der Schule in Gröbha stattfindenden Ausstellung über Volkskrankheiten wurde Kenntnis genommen.

Eine Beschwerde in einer Wohnungsangelegenheit wurde am dem Rat dem. an den Wohnungsausschuss verwiesen.

## Bewilligung eines Geldbetrages für unbemittelte Hausbesitzer betr.

Im Auftrage der hiesigen Hausbesitzervereine beantragte Herr Stadtrat Wendt (Bürgerl.) namens seiner Fraktion, den unbemittelten Hausbesitzern zur Deckung notwendiger größerer Instandsetzungsarbeiten einen Betrag aus den Erträgen der nächstjährigen Aufwertungs-(Wirtschafts-)steuer bereitzustellen, der den betreffenden Hausbesitzern als Darlehen gegen Verpfändung, die der Höhe der Mieten angesetzt werden solle, zur Verfügung gestellt werden könnte. Herr Stadtrat Wendt wies darauf hin, daß man zu Wohnungsbauten mehrfach Summen bewilligt habe, weshalb man sich vom rechtlichen Standpunkte aus auch den Wünschen der Hausbesitzer nicht verschließen dürfe. Man dürfe nicht auf der einen Seite den Wohnungsneubau fördern, wenn man auf der anderen Seite die bereits bestehenden Wohnungen dem Verfall preisgebe. Viele Hausbesitzer seien, da die Mietserträge oft bei weitem nicht ausreichten, gezwungen, die notwendigen Instandsetzungsarbeiten aus eigenen Mitteln vornehmen zu lassen, viele andere Hausbesitzer aber seien dazu nicht in der Lage. — Herr Stadtrat Turra (Soz.) wandte sich gegen die Vorlage. Er steht auf dem Standpunkte, daß die Mietsteuern lediglich zu Wohnungsneubauten verwendet werden dürfe. Herr Stadtrat Scheider (Soz.) beantragte, die Angelegenheit zur Prüfung an den Finanzausschuss zu überweisen. Herr Stadtrat Seier (Soz.) war der Meinung, daß man die Frage nicht ohne weiteres von der Hand weisen könne. Es gebe viele Hausbesitzer, die nicht in der Lage seien, die notwendigen Reparaturen aus den Mietserträgen oder aus eigenen Mitteln vornehmen zu lassen zu können. Er bat deshalb, dem Antrage auf Überweisung der Angelegenheit an den Finanzausschuss zuzustimmen. Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider nahm ebenfalls Stellung gegen die Ausführungen des Herrn Stadtrat Turra. Es gehöre dazu, daß man in der Wohnungsfrage auch auf Erhaltung der bestehenden Wohnungen bedacht sei. Aus der Praxis sei ihm bekannt, daß viele kleine Hausbesitzer nicht in der Lage seien, die notwendigen Reparaturen ausführen zu lassen. Es sei sehr oft notwendig, daß Wohnräume infolge ihres mangelhaften baulichen Zustandes aus gesundheitlichen Gründen beanstanden werden müßten, wodurch natürlich Wohngelegenheiten verloren gingen. Man solle also nicht einerseits Wohnungen bauen und andererseits bestehende untergehen lassen. Es sei ihm bekannt, daß eine ganze Anzahl Gemeinden bereits dazu übergegangen sei, einen Teil der Erträge aus der Aufwertungssteuer abzutrennen und den Hausbesitzern darlehensweise zur Verfügung zu stellen. Redner empfahl, der Frage näherzutreten.

Der Veräußerungsantrag wurde angenommen und einstimmig beschlossen, die Angelegenheit dem Finanzausschuss zur Prüfung zu überweisen.

Hiermit erteilte die Sitzung ihr Ende. Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

## Vertikales und Sächsisches.

Miefa, den 26. November 1924.

— Keine Erhöhung der Dezembermiete. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß die Dezembermiete in der gleichen Höhe erhoben wird, wie die Miete im November und Oktober. Sie beträgt also einschl. Mietsteuer 67 Prozent der Friedensmiete.

— Beamtenentscheidung. In ausnahmeweiser Abweichung von der durch Verordnung vom 24. April d. J. getroffenen Regelung ordnen die Ministerien des Innern, der Finanzen und für Volkshilfe an, daß die den Beamten, Lehrern, Behördenangestellten und sonstigen Bediensteten am 29. November ablaufenden Dienstbezüge, soweit die erforderlichen Mittel vorhanden sind und ohne Gewähr für die Einhaltung des Zahlungstages, bereits am 28. November ausbezahlt werden.

— Der Kreiswahlausschuss für den Reichstagswahlkreis Chemnitz—Zwickau genehmigt 15 Wahlvorschläge: Liste 1, Sozialdemokratische Partei, Spitzenkandidat Heinrich Ströbel; Liste 2, Deutschnationale Volkspartei, Spitzenkandidat Dr. Reinhold Georg Quarg; Liste 3, Zentrumspartei, Spitzenkandidat Reichsfürst Dr. Marx; Liste 4, Kommunistische Partei, Spitzenkandidat Paul Berk; Liste 5, Deutsche Volkspartei, Spitzenkandidat Admiral Brünninghaus; Liste 6, Nationalsozialistische Freiheitsbewegung, Gottlieb Feder; Liste 7, Deutsche demokratische Partei, Landgerichtsdirektor Probst; Liste 8, Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes, Ernst Lude; Liste 9, Deutsche Partei und Reichsbund für Aufwertung, Martin Behold; Liste 10, Reichsbund für Aufwertung, Kandidat fehlt; Liste 11, Häuser-Bund, Rathmann; Liste 12, Partei für Volkswohlfahrt, Johann Herrmann; Liste 13, Partei Starkbund, Volksschullehrer a. D. Stark; Liste 14, Unabhängige sozialdemokratische Partei, Lunge; Liste 15, Freiwirtschaftsbund (Freiland, Freigeld), Schriftleiter Walter Matthes-Schmiedt. Die Wahlvorschläge 8 bis 10, 11 bis 12 der Reichstagswahlliste kommen für den Wahlbezirk Chemnitz—Zwickau nicht in Frage.

— Der „Jungdeutsche“ erläßt einen Wahlaufruf, in dem es heißt: „Durch die Reiden aller deutschstämmigen Menschen geht ein Gefühl des Abnehmens gegen die heutige politische Welt. Das Empfinden aller edelichen Deutschen brennt sich gegen eine Staatsform auf, in welcher Lage und Verfassung zum verfassungsmäßigen Werkzeuge geworden sind. Die Anhänger der parteiistischen Demokratie haben dies erkannt und stimmen ein Freudenbegehren über ihren kommenden Sieg an, indem sie die Wahlmöglichkeit, welche die Größten zuerst ergriffen hat, als ihren Bundesgenossen preisen. Es liegt die Befehle vor, daß die besten Deutschen in ihrem Eifer vor dem parteiistischem System daselbst durch ihren passiven Widerstand begünstigen. Dies darf niemals geschehen. Darum rufen wir alle mitempfindenden Volksgenossen dazu auf, sich mit allen Kräften an der bevorstehenden Wahl zu beteiligen. Nur die Stärkung der nationalen Parteien ermöglicht uns in der Zukunft den Kampf gegen die Unübersichtlichkeit und Verlogenheit des parteiistischem Systems.“

— Vereinigte Vaterländische Verbände Sachsen. Unter Teilnahme von Vertretern aus allen sächsischen und der Spitzen der namhaftesten vaterländischen Organisationen fand am Montag die Gründung der Vereinigten Vaterländischen Verbände Sachsen statt. Zum 1. Vorsitzenden wurde Herr Generalleutnant a. D. Dammer, zum 2. Vorsitzenden Herr Dr. phil. et. jur. H. Reihner gewählt. Beisitzer sind weitere Anmeldungen von Ortsgruppen sind nach der Geschäftsstelle, Dresden, Johann-Georgen-Platz 23, III, zu richten.

— Amerika-Kundfunkempfang. Ein Dresdener Kundfunkteilnehmer schreibt dem „Dr. An.“: Ich kann Ihnen die interessante Mitteilung machen, daß ich in der Nacht vom 18. zum 19. November mit einem normalen, von der Post zugelassenen 4-Röhren-Rundfunkempfangsgerät nachts gegen 3 Uhr mindestens 5 verschiedene amerikanische Rundfunkstationen aufnehmen konnte. Zunächst war ein Vortrag in englischer Sprache zu hören, dann war von anderer Seite verschiedene Befehlsvorträge mit Klavierbegleitung, die sich durch äußerst klare Sprache und Klavierbegleitung auszeichneten. Die Lautstärke war unter Berücksichtigung der Entfernung verblüffend und zeitweise von der Stärke, wie sonst der England-Übersetzung mit zwei Röhren. Einwandfrei